

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 03.07.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:22 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede

für Enno Scheffel

CDU-Fraktion

Verlee, Carmen

für Andrea Risius

FDP-Fraktion

Fooker, Ralf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziulek, Stephan-Gerhard

(bis 19:20 Uhr)

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Kruse, Helga
Mühlhausen, Irmgard

(ab 17:47 Uhr)

für Marion Jacobs

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Kühl, Eckhard
Ouedraogo, Abdou
Sprengelmeyer, Thomas
Wilts, Elfriede
Wittmer-Kruse, Olaf

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.06.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.06.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

1. Jugendzentrum Wybelsum

Der Vorsitzende des Bürgervereins Wybelsumer Vorwerk, **Herr Tapper**, erklärt, seit 30 Jahren warteten die Wybelsumer auf ein Jugendzentrum. Wie bereits mehrfach geäußert, biete der Bürgerverein seine ehrenamtliche Hilfe an, da eine Unterkunft für die Jugendlichen dringend benötigt werde.

Frau Grix entgegnet, unter TOP 9 werde über dieses Thema ausführlich diskutiert.

2. Spielplatz Ludwig-Hamann-Straße

Ein weiterer Bürger aus Wybelsum fragt an, wann der Spielplatz in der Ludwig-Hamann-Straße für kleinere Kinder wieder in Stand gesetzt werde.

Herr Sprengelmeyer führt aus, da es sich hierbei um keine Frage bezüglich eines Tagesordnungspunktes der heutigen Sitzung handele, werde die Verwaltung sich mit diesem Thema beschäftigen und in der nächsten Sitzung darüber berichten.

Herr Kühl ergänzt, die Verwaltung habe sich bereits mit diesem Spielplatz beschäftigt. Da jedoch mehrere Spielflächen hintereinander vorhanden seien, erfolge zunächst eine Art Bürgerbefragung. Dieses Verfahren werde im Herbst eingeleitet, sodass im Frühjahr 2009 ein neuer Spielplatz vorhanden sein werde.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Der Bürger äußert seinen Unmut darüber, dass diese Prozedur so lange dauere. Seiner Meinung nach sei es gefährlich, wenn die kleinen Kinder auf andere Spielplätze ausweichen müssten.

Herr Fooken bemerkt, der angesprochene Spielplatz sei auf seine Initiative hin erst einmal von den defekten Spielgeräten bereinigt worden. Bereits im letzten Jahr habe man ihm zugesagt, dass im Frühjahr 2008 die Spielgeräte ersetzt würden. Er finde es höchstbedauerlich, dass erst im Jahre 2009 dieser Spielplatz hergerichtet werde.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Elterncafés an Emden Grundschulen
Vorlage: 15/0752

Herr Sprengelmeyer führt aus, der Grundgedanke hinsichtlich der Einrichtung von Elterncafés sei gewesen, die Problematik des Übergangs der Kinder und auch der Eltern von den Kindertagesstätten in die Schulen ein Stück weit zu vereinfachen. Elterncafés seien somit im Rahmen der Zusammenarbeit Schule und Jugendhilfe zu sehen. Die Stadt habe mit dieser Initiative insbesondere die Elternarbeit an den Grundschulen unterstützen wollen, da diese nach dem Besuch der Kindertagesstätten teilweise abbreche. Der Rat habe für diese Arbeit im Jahr 2006 45.000 € zur Verfügung gestellt. In Kooperation mit dem Kinderschutzbund, der Jugendförderung, der Jugendhilfe und der Erziehungsberatungsstelle sei ein Konzept erarbeitet worden. Auch sei Frau Janzen mittlerweile beim Kinderschutzbund eingestellt worden, der in dieser Form Träger einiger Elterncafés sei. Nachdem die Schulen angeschrieben worden und einige Rückmeldungen eingegangen seien, habe man Kriterien geschaffen, da zunächst nur an zwei Schulen Elterncafés eingerichtet werden konnten. Die zu Grunde gelegten Kriterien beinhalteten, dass ein begründeter Antrag sowie die Zustimmung der Lehrerkonferenz und der Elternvertretungen vorliegen müsse. Außerdem sei die Größe der Schule, die Anzahl der Kinder und die evtl. Räumlichkeiten berücksichtigt worden. Vor diesem Hintergrund seien die Schule Nesslerland und die Westeburgschule ausgewählt und in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule evaluiert worden.

Er erklärt weiter, mittlerweile hätten auch andere Grundschulen Interesse gezeigt und seien zum Teil auch selber aktiv geworden. Die Grundschule Grüner Weg habe eigenständig ein Elterncafé mit Unterstützung des NIKO-Projektes aufgebaut. Und auch die Emsschule habe mit dieser Unterstützung ein Elterncafé eingerichtet. Fachlich würden dieses Elterncafés von der Erziehungsberatungsstelle und vom kommunalen Präventionsrat der Stadt Emden begleitet.

Frau Janzen stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Projekt „Stärkung der elterlichen Verantwortung an Emden Grundschulen in Form von Elterncafés“. Diese Präsentation ist im Internet im Ratsinformationssystem unter www.emden.de einsehbar.

Frau Grix bedankt für die Ausführungen sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich für die von Frau Janzen geleistete gute Arbeit. Sie habe die Anfänge der Elterncafés mitbekommen und freue sich darüber, wie diese nunmehr angenommen würden.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die interessante Vorstellung des Projektes. Seiner Meinung nach sei das Elterncafé eine wirklich anspruchsvolle Aufgabe, sodass man überlegen sollte, die Bezeichnung umzuwandeln. Es stelle sich für ihn die Frage, warum Kriterien erfüllt werden

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

müssten, bevor das Projekt in einer Schule bewilligt werde. Wenn alle Eltern erreicht werden sollten, müsste die Möglichkeit auch für alle Schulen gegeben werden.

Herr Sprengelmeyer gibt zu Bedenken, da der Rat hier 45.000 € zur Verfügung gestellt habe, müssten Auswahlmöglichkeiten getroffen werden. Außerdem müsse dort angesetzt werden, wo schon Potential vorhanden sei. Richtig sei, dass auch an den anderen Grundschulen ähnliche Einrichtungen konzipiert werden müssten. Dieses sei letztlich aber eine Frage des Geldes.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und fragt an, wie oft die Hausaufgabenhilfe wöchentlich angeboten werde und in welchen Räumlichkeiten sie stattfindet. Weiter erkundigt sie sich, ob dadurch der Kontakt der Eltern zu den Lehrern besser geworden sei.

Frau Janzen führt aus, die Hausaufgabenbetreuung an der Schule Nesserland werde zweimal in der Woche angeboten und finde in Zusammenarbeit mit den Lehrern statt. Die Schüler würden dazu in ihre Klasse gehen. Es sei auch eine Lehrerbefragung durchgeführt worden. Demnach habe sich das Elterncafé gut integriert.

Der Evaluationsbericht des Projekts „Stärkung der elterlichen Verantwortung an Emders Grundschulen“ der Fachhochschule ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern für das Jahr 2007
Vorlage: 15/0748

Frau Dr. Zander stellt den Tätigkeitsbericht als PowerPoint-Präsentation vor und erläutert diesen. Der Bericht ist unter www.emden.de Familie/Jugend – Erziehungsberatungsstelle – Downloads – und die Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Abschließend teilt Frau Dr. Zander mit, dass die Beratungsstelle Ende 2009/Anfang 2010 in die vierte Etage des neu zu erstellenden Verwaltungsgebäudes ziehen werde.

Frau Meinen zeigt sich schockiert über diese Unterbringung. Ihrer Meinung nach sollte in der Verwaltung darüber noch einmal nachgedacht werden.

Herr Schild fragt an, ob die Mitarbeiter der Beratungsstelle nicht lieber aufgrund ihrer Arbeit getrennt in einem Einzelgebäude untergebracht werden möchten.

Frau Dr. Zander erklärt, nach einer Diskussion im Mitarbeiterkreis sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass es auch eine gute Lösung gewesen wäre, wenn die Erziehungsberatungsstelle in ein Einzelgebäude hätte ziehen können.

Frau E. Meyer ist ebenfalls entsetzt über den Ort der Unterbringung. Sie werde diese Angelegenheit in ihrer Fraktion vorbringen und versuchen, für die Erziehungsberatungsstelle eine vernünftige Unterkunft zu bekommen.

Herr Sprengelmeyer weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich zum einem bei diesem Tagesordnungspunkt um die Berichterstattung handele. Zum anderen seien die neuen Büros qualitativ und größtmäßig weitaus besser als die jetzt zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten. Und zum dritten werde die erfolgreiche Arbeit, über die Frau Dr. Zander gerade berichtet habe, sicherlich nicht am Gebäude ausgemacht. Die zahlreichen neuen Aktivitäten würden seiner

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Meinung nach den Erfolg bringen. Falls es weiteren Klärungsbedarf zur räumlichen Frage gäbe, müsste dieses jedoch in einem gesonderten Tagesordnungspunkt diskutiert werden.

Herr Schild sieht durchaus die Notwendigkeit der Erörterung der räumlichen Frage. Seiner Ansicht nach sei die qualitative Arbeit schon bemerkenswert. Allerdings müsse überlegt werden, ob die Leute auch diesem Angebot nachkommen würden, wenn die Beratungsstelle in einem großen Gebäude untergebracht sei. Wenn er die Ausführungen von Frau Dr. Zander richtig verstanden habe, sei man über die zukünftige Unterbringung nicht besonders glücklich. Er regt an, darüber unbedingt noch einmal im Jugendhilfeausschuss zu diskutieren.

Frau E. Meyer betont, selbstverständlich wisse man die geleistete Arbeit der Erziehungsberatungsstelle zu schätzen. Dennoch müsse in der nächsten Sitzung über die Unterkunft diskutiert werden.

Herr Fooken schließt sich seinen Vorrednern an. Er befürchte, dass die Anonymität in einem Verwaltungsgebäude nicht mehr gewahrt bleibe. Auf der anderen Seite sollte man im Vorfeld nicht alles schlecht reden. Vielleicht sei es sinnvoll, zunächst eine Befragung bei den Klienten der Erziehungsberatungsstelle durchzuführen.

Herr Sprengelmeyer kann durchaus die Sorge verstehen. Es würde jedoch einen Ratsbeschluss im Rahmen der Allianz Teil II geben, wo dem neuen Verwaltungsgebäude in dieser Zusammensetzung zugestimmt worden sei.

Herr Schild betont, soweit er informiert sei, gäbe es lediglich den Beschluss, dass ein Verwaltungsgebäude gebaut werde sollte. Seiner Meinung nach sei nicht beschlossen worden, dass die Erziehungsberatungsstelle in dem neuen Gebäude untergebracht werde. Wenn dieses der Fall sei, müsse darüber noch einmal diskutiert werden.

Frau Grix stellt heraus, dass hier der Tätigkeitsbericht erörtert werden sollte. Zwar habe der Rat beschlossen, ein neues Gebäude zu bauen. Welcher Fachdienst welche Räumlichkeiten beziehen werde, habe er jedoch nicht entschieden.

Frau Dr. Zander erklärt bezüglich der Befragung der Klienten, dass dieses durchaus möglich wäre. Ob es jedoch zu einem klaren Ergebnis kommen werde, bleibe fraglich.

Herr Reinert geht anschließend auf die Gruppenarbeit mit den Kindern, die aus Trennungs- und Scheidungsfamilien kommen, ein.

Frau E. Meyer bedankt sich und fragt an, ob auch die Eltern mit einbezogen würden.

Herr Reinert entgegnet, es würden auch die Eltern mit einbezogen. Das Hauptschwergewicht läge jedoch bei den Kindern. Den Eltern würden zwei Gesprächstreffen angeboten, die auf Wunsch jederzeit aufgestockt werden könnten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 7 Kindergartenplätze für gemeindefremde Kinder;
- Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.02.2008
Vorlage: 15/0755

Herr Sprengelmeyer erklärt, es geht bei diesem Thema grundsätzlich um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unter dem Aspekt, dass in Emden die Ausbauplanung noch nicht abgeschlossen sei, würden keine freien Kapazitäten in Kindertagesstätten vorhanden sein, die man gemeindefremden Kindern zur Verfügung stellen könnte. In den vergangenen Jahren seien in einigen Einrichtungen solche Plätze vergeben worden. Bezüglich dieser Problematik habe er auch bereits Gespräche mit dem Bürgermeister der Gemeinde Krummhörn geführt. Hier stelle sich das Problem auf unterschiedlichen Sichtweisen dar. Nicht nur zwischen der Stadt Emden und den Gemeinden bzw. Landkreisen, sondern auch zwischen den Gemeinden und den Eltern. Die umliegenden Gemeinden hätten natürlich das Interesse, zunächst einmal die eigenen Plätze zu belegen. Da Emden Mittelzentrum sei und viele Arbeitsplätze anbiete, stecke dahinter die Problematik vieler alleinerziehender Eltern, die eine Flexibilität benötigten, die von den kleineren Einrichtungen der Gemeinden nicht vorgehalten werden könne.

Frau E. Meyer regt an, mit den Landkreisen eine Vereinbarung abzuschließen, wie es auch bei den Schulen gemacht worden sei.

Herr Schild stellt fest, es gehe hier um die Vereinbarung von Beruf und Familie. Seines Erachtens müsste die Stadt Emden der Vereinbarung und damit auch den hier ansässigen Arbeitgeber Unterstützung zukommen lassen. Qualifizierte Fachkräfte würden aus dem Umland eingestellt und bringen ihr Wissen in die Stadt ein. Jedoch müssten auch die noch offenen Fragen hinsichtlich der Finanzierung beantwortet werden.

Seiner Ansicht gäbe es nur wenige Fälle, die unbürokratisch und im Sinne der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gelöst werden müssten.

Herr Kühl entgegnet, ganz so einfach sei es nicht, da tatsächlich keine verlässlichen Zahlen vorliegen würden. Die Einrichtungen hätten die Anweisungen, gemeindefremde Eltern nicht in die Warteliste mit aufzunehmen. Dennoch lägen ihm schon 15 Fälle vor. Trotz Absage der Einrichtungen hätten sich die Eltern nochmals nach einem Platz bei der Verwaltung erkundigt. Hintergrund sei hier tatsächlich immer die Berufstätigkeit der Eltern in Emden.

Er erklärt weiter, im Moment seien über 20 Kinder aus den umliegenden Gemeinden in den 25 Emdener Einrichtungen verteilt. Er schätze den Bedarf mit Sicherheit auf das Doppelte bzw. Dreifache dieser Anzahl. Wenn die Stadt Emden tatsächlich ihre Einrichtungen für gemeindefremde Kinder öffne, würde eine weitere Einrichtung benötigt. Formal sei die kreisfreie Stadt Emden natürlich auch nur für ihre Bürger zuständig. Trotzdem bleibe das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Herr Ouedraogo ist der Ansicht, dass hier ein Weg gefunden werden müsse, da es sich nicht nur um Einzelfälle handele.

Herr Sprengelmeyer betont, die Verwaltung habe diese Angelegenheit öffentlich gemacht, damit das Thema weiter diskutiert werde. Auch sei deutlich geworden, dass eine Lösung des Problems nur in Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und Landkreisen möglich sei. Alleine könne die Stadt Emden dieses nicht finanzieren. Doch solange die umliegenden

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gemeinden Plätze in ihren Kindertagesstätten freihätten, seien sie nicht bereit, Ausgleichszahlungen zu leisten.

Herr Fooken stellt fest, die Stadt Emden könne nicht dafür verantwortlich sein, wenn in den Nachbargemeinden nicht die richtige Politik gemacht werde und die Kindergärten nicht bedarfsgerecht geöffnet würden. Es sei davon auszugehen, dass in Emden die Kindergärten aufgesucht würden, da die Arbeits- und Fahrtzeiten nicht kompatibel mit den Öffnungszeiten der Kindergärten in den Nachbargemeinden sei. Seiner Meinung nach müsse hier angesetzt werden. Das könne jedoch nicht die Aufgabe der Stadt Emden sein.

Herr Schild stellt heraus, dass hier Handlungsbedarf vorliegen würde. Es sei zu begrüßen, wenn die Stadt Emden Schritte unternehme, um möglichst schnell eine Regelung zu finden.

Herr Grix betont, die Stadt Emden habe die Verantwortung für die Bürger in dieser Stadt übernommen. Sie habe auch in schwierigen Situationen dafür Sorge zu tragen, dass in Emden ein relativ hohes Angebot an Kindergarten- und –krippenplätze für die Emdener Kinder vorhanden sei. Dazu werde Geld investiert. Er selbst habe versucht, in einem größeren Unternehmen in Emden einen Vertrag auszuhandeln. Nach einer Umfrage in diesem Betrieb sei jedoch plötzlich kein Bedarf mehr vorhanden gewesen.

Auf der anderen Seite würden ihm über 25 Anfragen innerhalb der AWO-Einrichtungen vorliegen, sodass der Bedarf vorhanden sei. Seiner Ansicht könne die Verhandlung mit den umliegenden Gemeinden dahingehend geführt werden, dass eine Beteiligung zugesichert werde. Es sei eine politische Frage, die nicht nur durch die Stadt Emden für die umliegenden Gemeinden gelöst werden müsste.

Herr Fooken schließt sich Herrn Grix an. Seines Erachtens sei die Schaffung bedarfsgerechter Kindergartenplätze die Aufgabe der Nachbargemeinden.

Herr Schild ist der Meinung, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, sich darum zu kümmern, da es hier um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehe. Wenn der Bedarf bis zu 60 Plätzen vorhanden sei, müsste Abhilfe geschaffen werden. Weiter betont er, keineswegs solle die Stadt Emden die Kosten für die umliegenden Gemeinden übernehmen. Sie sollte allerdings dafür Sorge tragen, dass den Kindern der Arbeitnehmer in der Stadt ein Kindergartenplatz ermöglicht werde. Das verstehe man seines Erachtens unter Kinder- und Familienfreundlichkeit.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Täter-Opfer-Ausgleich
- Antrag der SPD vom 07.03.2008
Vorlage: 15/0753

Frau E. Meyer ist der Meinung, es sei kein haltbarer Zustand, dass von Jahr zu Jahr die Gelder bewilligt werden müssten und schlägt eine Änderung vor.

Herr Sprengelmeyer erklärt, die Stadt Emden ist dieser Anregung nachgekommen und hat bei den Landkreisen Leer und Aurich angefragt, ob diese bereit wären, ihre Mittelbindung auch mittelfristig zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Emden sei durchaus dazu bereit, sich über einen Zeitraum von fünf Jahren finanziell zu binden. Da die Landkreise zunächst nicht dazu bereit gewesen seien, sei nochmals ein Schreiben an die beiden Landräte verfasst worden. Seit heute läge nunmehr eine Zusage vom Landkreis Leer vor, über eine Bindung von drei Jahren nachzudenken. Dieses werde er zum Anlass nehmen, nochmals mit dem Landkreis Aurich Kontakt aufzunehmen, auf die Problematik hinzuweisen und Kontinuität zu erreichen.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Errichtung bzw. Einrichtung eines Jugendtreffs in Wybelsum;
- Antrag der SPD-Fraktion in der JHA-Sitzung am 05.06.2008
Vorlage: 15/0494/2

Herr Mecklenburg erklärt, es läge nunmehr eine Vorlage der Verwaltung vor, die beinhalte, dass unmittelbar nach der Sitzung das Gespräch zur Konzeptentwicklung für einen Jugendtreff an der Schule Wybelsum aufgenommen worden sei. Diese Arbeiten seien zu Ende geführt worden und das Konzept würde vorliegen. In der letzten Sitzung habe der Jugendhilfeausschuss beantragt, die Verwaltung möge einen Zeitplan zur Verwirklichung eines Baus des Jugendtreffs in Wybelsum vorlegen.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, es sei nicht möglich gewesen, einen Zeitplan in der heutigen Sitzung vorzulegen, da noch einige Absprachen zu treffen seien. Seiner Ansicht nach bräuchte das Konzept heute nicht weiter behandelt zu werden. Inhaltlich sei man nicht sehr weit voneinander entfernt. Es habe mittlerweile Gespräche zwischen der Schule, dem Gebäudemanagement und dem Fachdienst Schule und Sport zur Umsetzung einer möglichen Ganztagschule gegeben. Auch habe die Schule Anfang der Woche die Ganztagschule für sich beschlossen. Zwar hätten schon hinsichtlich der Raumplanung Gespräche stattgefunden, doch habe es noch keine Zusammenführung der beiden Teile gegeben.

Herr Sprengelmeyer betont, er wolle nicht den Eindruck erwecken, dass die Verwaltung den Jugendtreff irgendwie wegschieben wolle. Es sei jedoch so, dass die Räumlichkeiten der Schule auch in Bezug auf den Jugendtreff zu überdenken seien. Diese Überlegungen konnten bisher noch nicht abschließend besprochen werden, sodass er noch einmal den Zeitplan um eine Sitzung verschieben müsse.

Herr Mecklenburg stellt fest, der Rat habe nunmehr in der letzten Ratssitzung das Geld bereitgestellt. Außerdem würde das Konzept vorliegen. Weiterhin habe es in der Schule einen Termin mit dem städtischen Architekten gegeben, der eindeutig gesagt habe, dass der Standort des Jugendtreffs von der geplanten Einrichtung für den Ganztagsbetrieb völlig unabhängig zu sehen sei. Der Antrag und das Konzept für ein mögliches Erweiterungsgebäude für die Ganztagschule lägen jetzt der Verwaltung vor und seien vollkommen unabhängig vom Jugendtreff. Der Standort des Jugendtreffs sei an einer ganz anderen Stelle der Schule geplant und zwar im Eingangsbereich der Grundschule. Damit werde der Charakter deutlich, dass Jugendtreff und schulische Sozialarbeit sich im Bereich des Zugangs zur Schule treffen würden. Auch werde deutlich, dass der Jugendtreff keine schulische Einrichtung sei, obwohl er sich auf dem Grundstück der Schule befinde.

Abschließend betont Herr Mecklenburg, der Jugendhilfeausschuss habe bereits in der letzten Sitzung seinen Unmut schon sehr deutlich geäußert. Er könne es nunmehr nicht mehr nachvollziehen und habe kein Verständnis dafür, worauf man jetzt noch warten solle. Wenn die Verwaltung etwas umsetzen wolle, geschehe dieses in einer atemberaubenden Geschwindigkeit. Er werde heute beantragen, mit der Maßnahme jetzt zu beginnen und in der nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht vorzutragen.

Herr Fooker erklärt, er schließe sich für seine Fraktion den deutlichen Worten seines Vorredners an. Auch er könne wirklich nicht nachvollziehen, warum nach einer eindeutigen Auftragserteilung an die Verwaltung in der letzten Sitzung heute nichts vorgelegt worden sei.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Grix bemerkt, die Planungsgruppe habe ein Konzept erstellt, in dem eine klare Trennung zwischen Schulsozialarbeit und Jugendzentrum deutlich werde, obwohl beide Bereiche überlappend bestimmte Dinge gemeinsam erledigen könnten. Auch habe sich der Bürgerverein bereit erklärt, ggf. die Trägerschaft zu übernehmen. Eine räumliche Konzeption sei auch vorgelegt worden. Wenn jetzt eine neue Überlegung käme, dass die Ganztagschule neue Räumlichkeiten benötige, dann sollte man seiner Meinung nach nicht so verfahren und alles wieder zurückschieben.

Weiter führt Herr Grix aus, er sei gerne bereit, noch einmal über die konzeptionellen Dinge zu reden, die dann möglicherweise die Ganztagschule beinhalten würden. Doch eigentlich sei dieses die Aufgabe der Verwaltung. Ebenfalls sei es die Aufgabe der Verwaltung, den Vorschlägen und Forderungen des Jugendhilfeausschusses zu folgen. Er habe den Eindruck, dass die Kommunikation und die inhaltlichen Absprachen innerhalb der Verwaltung nicht so gut laufen würden, wie es wünschenswert wäre. Daher müsse dieser Ausschuss darauf drängen, dass hier eine Entscheidung herbeigeführt werde.

Herr Schild findet es unglaublich, dass diese unendliche Geschichte offensichtlich wieder weiter gehe. Man müsse sich die Frage stellen, welche Interessen hier im Spiel seien, die seit 30 Jahren den Bau des Jugendtreffs verhindern würden.

Herr Dietz bemerkt, er könne nicht verstehen, warum die Verwaltung mit dem Architekten, der zu der Einschätzung gekommen sei, dass der Erweiterungsbau für die Ganztagschule überhaupt nichts mit dem Jugendtreff zu tun habe, keinen Kontakt aufnehme, um dann einen Zeitplan vorlegen zu können.

Frau Grix stellt fest, die nächste Jugendhilfeausschuss-Sitzung sei am 11.09.2008.

Herr Mecklenburg beantragt, der Jugendhilfeausschuss möge den sofortigen Maßnahmebeginn des Jugendtreffs Wybelsum und die Vorlage eines entsprechenden Sachstandsberichts zur nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung beschließen.

Frau Grix lässt über den Antrag von Herrn Mecklenburg abstimmen.

Dafür:9	Dagegen: 0	Enthaltungen: 0
---------	------------	-----------------

Sie stellt abschließend fest, der Antrag von Herrn Mecklenburg sei damit einstimmig angenommen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer weist auf einen Termin hin, der heute in der VHS stattfindet. Herr Dr. Wilhelm Leeker werde dort einen Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema „Qualifizieren statt versorgen – Innovation statt Subvention – Werden Jugendliche ausreichend gefördert?“ halten.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 11 Anfragen

1. Krippenausbau des Kinderschutzbundes

Frau Meinen bemerkt, der Kinderschutzbund habe den Krippenausbau begonnen und die Kinder der Krippe Regenbogen könnten in der nächsten Woche zurück in die renovierten Räume. Aufgrund des gestellten Förderantrages zur Investitionsförderung für die neuen Krippenplätze sei nunmehr ein Fax eingegangen, dass eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Vorhabenbeginns erteilt werde. Ein Anspruch auf Bewilligung könne jedoch noch nicht hergeleitet werden, sodass die alte Kinderkrippe, die über eine Betriebserlaubnis verfüge, die renovierten Räume beziehe. 15 Eltern warteten jedoch seit geraumer Zeit darauf, dass sich etwas beim Land oder bei der Stadt bewege. Sie fragt an, wie lange diese Eltern jetzt noch warten müssten, bis es endlich weitergehe.

Herr Kühl entgegnet, das Fax sei die erste Antwort des Landes auf den im Mai gestellten Antrag. Der Hintergrund dazu sei, dass zwar die Richtlinien im Mai erlassen worden seien, jedoch die bearbeitenden Personen erst jetzt damit angefangen seien, die vorliegenden Anträge zu sichten und die entsprechenden Schreiben herauszuschicken. Auch er könne keine Antwort darauf geben, wann mit einem Bewilligungsbescheid über die Investitionsmittel zu rechnen sei. Hinsichtlich der Betriebsführung könne seiner Ansicht nach eine Vereinbarung getroffen werden.

Herr Grix ergänzt, im grundsätzlichen Beschluss „Ausbau von Kinderkrippen“ sei die Diskussion um die Landesmittel nicht miteingeflossen. Dass man diese nun gerne in Anspruch nehmen möchte, sei durchaus in Ordnung. Doch müsse der Versuch gemacht werden, einen Kompromiss für den Träger zu finden. Er sei bei der Arbeiterwohlfahrt in Vorleistung gegangen und habe die Betriebserlaubnis erhalten. Er schlägt Frau Meinen vor, auch diesen Weg zu gehen. Es müsse auch eine Lösung gefunden werden, wenn das Land keinen Zuschuss zahle.

2. Bedarf an Krippenplätzen

Frau E. Meyer erkundigt sich, ob es eine Liste gäbe, in der der Bedarf an Krippenplätzen festgehalten werde.

Herr Kühl führt aus, die Jugendförderung habe sich bei den Trägern erkundigt, ob eventuelle Möglichkeiten der Erweiterung vorhanden seien. Diese Ergebnisse habe man regional aufgelistet, sodass man nunmehr bei der Schaffung der neuen Plätze versuchen werde, eine breite Streuung im Stadtgebiet zu erreichen. Eine konkrete Liste liege der Verwaltung nicht vor. Allerdings gäbe es genügend Anfragen bei den vorhandenen Einrichtungen, die über Krippengruppen verfügen würden.

3. Räumlichkeiten Kindertagesstätte Schwabenstraße

Frau E. Meyer fragt an, wie weit der Sachstand der gefundenen Räumlichkeiten für die Krippenplätze in der Kindertagesstätte Schwabenstraße sei.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, in der nächsten Woche werde man sich verwaltungsintern hierzu abstimmen.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

4. Big-Point

Herr Schild hat der Zeitung entnommen, dass Herr Anders vom Big-Point aufgehört habe. Er erkundigt sich nach dem Grund und wie die Arbeit dort weiter gehe.

Herr Sprengelmeyer antwortet, Herr Anders habe aus privaten Gründen gekündigt. Die Jugendförderung habe nunmehr eine Übergangslösung mit dem Personal geschaffen, welches bisher auf Honorarbasis beschäftigt gewesen sei. Wie bereits in der letzten Sitzung berichtet, habe die Verwaltung im Rahmen des ESF Bundesprogramms „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ einen Antrag zur weiteren Entwicklung des Sportparks gestellt. Die Bewilligung des Antrages erhoffe man im August zu erhalten, sodass auch dort weiter konzipiert werden könne. Zurzeit befinde man sich auch im Gespräch mit einem Sportpädagogen, der möglicherweise stundenmäßig einsteigen könne, um im sportlichen Bereich ergänzende Angebote machen zu können.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.